

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 25/26 15. Dezember 1997

→ **Führungslose Neonazis** Seite 2

Die „Sauerländer Aktionsfront“, die aktivste Gruppierung in Nordrhein-Westfalen, gilt als Auffangbecken für neonazistische Kader aus verbotenen Organisationen. Ihre bundesweite Einbindung in die braune Szene dokumentieren auch die Verflechtungen der unlängst tödlich verunglückten Spitzenfunktionäre der „Aktionsfront“.

→ **„Neu“rechte Strategien** Seite 6

Die intellektuelle „Neue“ Rechte in Deutschland will durch Schulungszirkel wieder verstärkt ideologisches Gerüst liefern. Angestrebt wird die Schaffung eines Netzwerkes im vorpolitischen Raum.

→ **Unheilvolle Allianzen** Seite 8

Bundesdeutsche Rechtsextremisten propagieren den Schulterschluß mit radikalen Islamisten. Gemeinsames Feindbild sind der Staat Israel und das „Weltjudentum“.

→ **Zögerliche NS-Prozesse** Seite 10

Bei der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit hat sich die deutsche Justiz nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Nicht zuletzt durch Druck des Auslands werden jetzt möglicherweise noch ausstehende Verfahren gegen mittlerweile hochbetagte NS-Täter eingeleitet.

Tagebuch Seite 18

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Auffangbecken für Kader aus
verbotenen Organisationen

Aktionsfront ohne Kopf

Die in Nordrhein-Westfalen aktive Neonazi-Organisation „Sauerländer Aktionsfront“ hat nach dem tödlichen Verkehrsunfall ihrer Führungsspitze einen herben Schlag erlitten. Aus dem weitverzweigten braunen Netzwerk dürften jedoch bald neue Kader an die Stelle der verstorbenen Multiaktivisten treten.

Auf der Rückreise von Hamburg verunglückten drei neonazistische Kader auf der Autobahn A 1 bei Vechta in der Nacht zum 22. November tödlich. Dabei handelte es sich um den am 28. Juli 1973 geborenen Andree Zimmermann, den am 2. März 1971 geborenen Thomas Kubiak und den 27-jährigen Harald Theodor Mehr. Die drei vorbestraften Rechtsextremisten befanden sich auf der Heimfahrt von Hamburg, wo sie mit dem erst wenige Tage zuvor aus der Haft entlassenen Spitzenfunktionär Christian Worch (41) zusammengetroffen waren. Noch am Sonntagabend fand in Winterberg (Hochsauerlandkreis), dem Heimatort von Kubiak und Zimmermann, ein Aufmarsch von knapp 100 Neonazis statt. Sie zogen unter „Heil Hitler“-Rufen und die Reichskriegsflagge schwenkend durch Winterberg. Gegen einzelne Personen wurden nach Angabe der Polizei Strafverfahren eingeleitet.

Die beiden bundesweit aktiven Neonazis Zimmermann und Kubiak führten seit mehreren Jahren die 1991 initiierte „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF; rund 60 Mitglieder) an. Thomas Fink, der Gründer der neonazistischen SAF, war 1992 ebenfalls bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Der damals 25-jährige gehörte zu den Organisatoren des alljährlich stattfindenden „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“. Bis in die Gegenwart zählen Aktivisten der SAF zu den Organisatoren, aber natürlich auch Teilnehmern der verschiedenen „Gedenkmärsche“ anlässlich des Todestages der einstigen Hitler-Stellvertreter. Der SAF-Initiator Fink war ein ehemaliger Zögling des jüngst verstorbenen Altnazis Otto Ernst Remer. Finks Nachfolger Kubiak leitete zuletzt zusammen mit Zimmermann die SAF. Beide waren an der Erstellung der „Freien Stimme“ beteiligt, von der bis-

lang 13 Ausgaben seit Sommer 1994 in einer Auflage von 6.000 Exemplaren nach Eigenangabe erschienen waren. Zu Beginn wurde die „Freie Stimme“ über das Postfach von Peter Rafael Romero Sauer in Netphen (Kreis Siegen-Wittgenstein), einem Mitglied der später verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), vertrieben. Die Schrift diente denn auch als Werbeträger der FAP. Nach deren Verbot fanden die FAP-Mitglieder aus dem Sauerland endgültigen Anschluß bei der SAF. Als Autoren der „Freien Stimme“ galten den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden die beiden SAF-Aktivisten Kubiak und der 27-jährige Georg Wahle.

Als Agitator im „Thule-Netz“

Nur wenige Tage vor dem Tod des Trios wurde ein neues Periodikum aus dem Dunstkreis der SAF angekündigt. In dem neuen „Zentralorgan“ („Wir wollen frei sein, wie die Väter waren...!) sollten neben der „Freien Stimme“ auch der „Widerstand“ und das Skinzine „Moonstomp“ von Bernd Krick, einem weiteren SAF-Aktivisten, einbezogen werden. Um die guten Kontakte der „Sauerländer Aktionsfront“ zum Glatzen-Milieu aufrechtzuerhalten, so die Ankündigung, „bleibt das beliebte Skinzine ‘Moonstomp’ ein eigenständiger Beitrag zum Ganzen und berichtet über Konzerte und Treffen innerhalb der Szene der Skinheads.“ Mit Musik der Skinhead-Szene verdiente seit kurzer Zeit auch die „Sauerländer Tonträgerproduktion“ aus Winterberg ihr Geld. In das zukünftige „Zentralorgan“ wollte sich noch die ehemalige Redaktion der den „Jungen Nationaldemokraten“ nahestehenden Zeitschrift „Einheit und Kampf“ um den geschätzten 31-jährigen Markus Privenu (vgl. BNR 21/97) einklinken. Die projektierte Quartalsschrift „Zentralorgan“ sollte mit ca. 40 Seiten im DIN A4-Format „als Zeichen gegen die Zersplitterung der Kräfte“ erscheinen. An dem seit 1995 erscheinenden Periodikum „Widerstand“ (vgl. BNR 5/96) war Mehr zusammen mit Stefan Haase beteiligt. Die beiden Neonazis waren vor dem Verbot im November 1992 in der „Nationalistischen Front“ (NF) organisiert, wandten sich jedoch bei deren Spaltung im Sommer 1992 von NF-Gründer Meinolf Schönborn ab. Seine publizistische Karriere begann Mehr Ende der 80er Jahre mit einem „nationalen Jugendmagazin“ namens „Freiheit“. Von 1991 bis 1993 erschien die Postille „Revolte“. „Die Zeitung der nationalistischen Bewegung“. Mehr war neben der publizistischen Tätigkeit auch als Kader aktiv. Im Sommer dieses Jahres gehörte er zum „Aktionskomitee Rudolf Heß 1997“.

Die Beerdigung der drei Funktionäre fand am Donnerstag, den 27. November statt. Unter den Trauergästen befand sich auch Christian Worch, Kopf der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Bei der Bestattung von Mehr in Lüdenscheid trat der rechte Advokat Günther Herzogenrath-Amelung als Redner auf. Der Rechtsanwalt verteidigte Mehr zuletzt in einem Berufungsverfahren am Landgericht Hagen.

Der vormalige Skinhead Zimmermann gehörte der inzwischen verbotenen FAP als Landesvorstandsmitglied in Nordrhein-Westfalen an und initiierte 1995 die folgenlos gebliebene „Unabhängige Freiheitliche Vereinigung“ (UFV). Später schloß er sich der 1991 ins Leben gerufenen SAF an und bekleidete seit Jahresanfang das Amt des Schriftleiters der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Unter dem Pseudonym

„Lutscher“ agitierte Zimmermann im „Thule-Netz“ und war einer der bemühtesten „Anti-Antifa-Aktivisten“. Sein brauner Mitstreiter Kubiak betrieb zeitweilig das „Nationale Infotelefon Sauerland“, eine der ersten Einrichtungen dieser Art, das im November 1993 beschlagnahmt wurde. Daneben stand er der temporären „Nationalen Jugend“ (NJ) in Hallenberg vor. Auf die NJ folgten eine „Nationalistische Autonomie-Basis“ (NAB) und die UFV. Die wiederholte Änderung des Eitketts bei gleichbleibendem Inhalt sollte die Behörden irritieren und ein eventuelles Verbot der „Sauerländer Aktionsfront“ erschweren.

Der Tod drei Multiaktivisten wird für das braune Netzwerk sicherlich nicht kurzfristig zu kompensieren sein. Doch steht zu befürchten, daß aus der erstarkenden rechtsextremen Szene neue Personen nachrücken und in die Fußstapfen der drei verstorbenen Neonazis treten werden. Sönke Braasch

ZWISCHENRUF

Starke rechte Flanke

Zum Fall Roeder-Rühe ist in der Tagespresse das Notwenige angemerkt worden. Es hat wieder niemand in der Bundeswehrführung oder beim MAD davon gewußt. Es war wieder nur ein Einzelfall. Er lag wieder Jahre zurück. Es wird wieder hektisch reagiert. Mit einer von einem Fall zum anderen sich steigernden Selbstgewißheit versucht der Bundesverteidigungsminister der Öffentlichkeit - jeweils eifrig unterstützt von BILD und BamS - nahezubringen, es bestehe kein Grund zur Beunruhigung. Besteht er wohl, denn wieso sollen wir glauben, angesichts einer wieder zunehmenden Unterstützung für die extreme Rechte insgesamt sei die Bundeswehr - besagte Einzelfälle ausgenommen - eine Insel der Seligen, weil das Verteidigungsministerium ja entschieden gegen Rechtsextremismus ist. Zufrieden kann nur der Innenminister sein, legt doch sein Verfassungsschutz alljährlich detailliert dar, wo die Feinde stehen, zu denen auch jener Manfred Roeder gezählt wird. Aber offenbar liest beim Bund niemand gründlich diese Berichte. Vielleicht könnten wir der Bundeswehrführung empfehlen, den „blick nach rechts“ bei der Truppenbetreuung, bei der Aufklärung ihrer Hochschulen und womöglich der Spitzen des Ministeriums einzusetzen, denn dort, so bekannte ja ein Staatssekretär, wußte man auch nichts von Herrn Roeder, der immerhin einer

der wenigen Rechtsterroristen ist.

Der Fall Roeder und die seinem Nord-Ostpreußen-Verein mit dem ausdrücklichen Segen des Kinkel-Ministeriums gewährte Förderung sollte aber Anlaß für die Bundesregierung sein, weit gründlicher nachzusehen, was alles und wen alles und mit welchen Spezies sie in Osteuropa aus den knappen Steuermitteln alimentiert. Es geht dabei auch dem Verdacht entgegenzuwirken, man dulde stillschweigend, daß im früheren Ostpreußen, in den baltischen Staaten oder in St. Petersburg so manch einer Träumen von Groß-Deutschland nachhängt. Längst ist man bei der Opposition sich über die Unterstützung der treuen Wahlhelfer im klaren. Umso peinlicher wäre, wenn die Rußlanddeutschen, nachdem sie heimgeholt wurden, sich nun der „Führung“ entziehen. Dem Vernehmen nach machen sich die organisierten Rußlanddeutschen - das hört man z. B. von Heinrich Groth, ehemals Sprecher der „Wiedergeburt“ und Gründer des „Bundes der Spätaussiedler“ - hierzulande Gedanken, wie sie bei der nächsten Bundestagswahl ihre Interessen besser vertreten könnten. Wenn man dann weiter hört, daß man sich in Verbandskreisen Gedanken macht, ob man sich dabei der Führung des soeben ein zweites Mal abgeurteilten Vorsitzenden der „Deutschen Konservativen“, Joachim Siegerist, versichern will, dann überkommt einen doch ein gewisses Grausen, wohin sich das verdienstvolle Bemühen um die Deutschstämmigen entwickeln könnte. Reiner Bach

Szene-Aktivist Manfred Roeder **Neonazi-Leitfigur**

Der als Gastreferent bei der Führungsakademie in Hamburg Anfang des Jahres 1995 aufgetretene Neonazi Manfred Roeder machte zuletzt öffentlichkeitswirksam am 9. November dieses Jahres von sich reden. Gemeinsam mit hundert weiteren Gesinnungskameraden demonstrierte der wegen Terrorismus verurteilte Rechtsextremist unter der Losung „Wir sind das Volk! Deutschland einig Vaterland“ in Marburg vor der Elisabethkirche. Dauerzielscheibe der Agitation Roeders ist seit Jahren auch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die er als „stalinistische Greuelpropaganda“ diffamiert, wobei die Kritik nicht nur verbal geäußert wird. Vom Landgericht Erfurt wurde der 68jährige im März dieses Jahres deshalb wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 4.500 rechtskräftig verurteilt. Ins Rampenlicht der Medien war Roeder im Sommer vergangenen Jahres geraten, als er in verschiedenen regionalen Zeitungen in Hessen und Thüringen seine antisemitischen, kriegsschuldleugnenden „95 Thesen zum Lutherjahr“ veröffentlichen konnte.

Der ehemalige Rechtsanwalt Roeder, dem amtlicherseits seit Ende 1995 wieder verstärkte öffentliche Aktivitäten attestiert werden, ist seit mehr als einem Vierteljahrhundert in der rechtsextremistischen Szene aktiv. 1971 gründete das frühere CDU-

Mitglied die „Deutsche Bürgerinitiative“, die heute in Form seiner regelmäßig herausgegebenen Rundbriefe weiterbesteht. Der Weg Roeders, der das Vorwort zu dem 1973 erschienen Buch „Die Auschwitzlüge“ des Altnazis Thies Christophersen verfaßt hatte, führte alsbald in den braunen Terrorismus. 1980 verübten die „Deutschen Aktionsgruppen“, als deren Rädelsführer Roeder galt, binnen Jahresfrist fünf Bombenanschläge und zwei Brandanschläge, wobei zwei Menschen starben.

Roeder, vom 1991 verstorbenen „Führer“ Michael Kühnen als wichtigster Motor der Neonazi-Bewegung gerühmt, wurde im August 1982 wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung zu einer 13jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Haftstrafe durfte der Rechtsterrorist im Februar 1990 nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe wegen guter Führung und günstiger Prognose vorzeitig die Haftanstalt verlassen. Alsbald war Roeder auch wieder gefragter Gast in der neonazistischen Szene, beispielsweise auf einem Treffen von Holocaustleugnern im April 1990 in München oder Ende 1992 in Bonn bei der „Initiative Gesamtdeutschland“. Als neues Wirkungsfeld entdeckte Roeder schließlich die „Re-Germanisierung“ Ostpreußens. Gemeinsam mit neun weiteren Mitstreitern wurde 1993 das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen“ gegründet - eine Organisation, der bekanntlich Sachspenden von höchster Ebene zuteil wurden.

G.N.

Anklage wegen Terrorismus **Hamburger Kader vor Gericht**

Hamburg. Von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde jetzt zum ersten Mal in den 90er Jahren eine Anklage wegen der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung erhoben. Vor dem Oberlandesgericht Hamburg müssen sich deswegen zwei 31 und 34 Jahre alte Rechtsextremisten verantworten, die der Anklage zufolge planten, „gewaltsam ein nationalsozialistisches Regime in Deutschland wiederzuerrichten“. Die Angeklagten werden von der Bundesanwaltschaft beschuldigt, eine vierbändige Schriftenreihe mit Anweisungen für rechte Terrorzellen verfaßt zu haben.

Bereits im Oktober 1994 hatte die Bundesanwalt-

schaft Karlsruhe bestätigt, daß sie ein Ermittlungsverfahren gegen die Hamburger Neonazis Henry Fiebig, bis 1992 Kader der verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO) und Christian Scholz, heute 31, ehemals FAP und NO, langjähriger Schriftleiter der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“, führt. Scholz und Fiebig sollen maßgeblich an der Erstellung des Druckwerkes „Eine Bewegung in Waffen“, das in Papierform bzw. als Diskette in Neonazi-Kreisen kursierte, mitgewirkt haben. Auszugsweise wurde das Machwerk damals auch im „NS-Kampfruf“ der NSDAP/AO veröffentlicht. Der 34jährige Fiebig hatte im Juni 1993 vom Fenster aus mit Signalaraketen in eine vor seinem Haus versammelte Menschenmenge geschossen; nur ein großes Polizeiaufgebot überwältigte ihn seinerzeit.

Siegerist wegen Hetze verurteilt

Keine freie Meinungsäußerung

Der rechtsextreme Journalist und Politiker Werner-Joachim Siegerist ist an einem Gefängnisarrest haarscharf vorbeigeschrammt. Das Hamburger Landgericht verurteilte den 50jährigen am 21. November im Berufungsverfahren wegen seiner Hetze gegen die Volksgruppe der „Roma und Sinti“ zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung. Außerdem muß er ein Bußgeld in Höhe von 24 000 Mark an die gemeinnützige Einrichtung „Hilfe für das behinderte Kind“ zahlen.

Siegerist stand wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Beleidigung in Tateinheit mit Volksverhetzung vor Gericht. Als Vorsitzender des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ hatte er in zwei Schreiben „Zigeuner“ pauschal als „durchweg übles, kriminelles Pack“ beschimpft. Der mitangeklagte Geschäftsführer des Vereins, Uwe H. (52), wurde freigesprochen. Das Gericht hob damit das Urteil der ersten Instanz auf. Am 15. April 1994 war Siegerist noch zu einer Strafe von einem Jahr und sechs Monaten und der Mitangeklagte zu einer Gesamtstrafe von acht Monaten verurteilt worden.

Im August und Oktober 1992 hatte Siegerist Roma und Sinti in Rundschreiben mit einer Auflage von jeweils 17 000 Stück als „mieses Zigeunerpack aus Rumänien“ bezeichnet und von einer „Bedrohung“ durch diese Volksgruppe gesprochen. In bewährter rechtsextremer Propagandamanier, die sich biologistischer und metaphysischer Begriffe zur Verächtlichmachung bedient, war von „Plage“, „Gottesurteil“ und „Heimsuchung“ die Rede. „Zigeuner produzieren Kinder wie Karnickel“ und „Raus mit dem üblen Zigeunerpack! Bitte helfen sie uns mit Spenden“ hatte es in der Hetzschrift weiter geheißt. Und die erbetenen Gelder flossen unter den Spendenvermerken „Zigeuner“ und „Zigeunerterror“ reichlich: Insgesamt 85 409 Mark sind dem Verein „Die Deutschen Konservativen“ nach dem rechtswidrigen Aufruf zugeflossen. Parallel zu diesen Aktivitäten war im „Ostpreußenblatt“ eine Anzeige mit der Überschrift „Kriminelles Zigeuner“ für den Preis von 1.995,36 Mark erschienen.

Bei seiner Vernehmung betonte Siegerist vor Ge-

richt, daß er in der „Sachaussage“ nicht zurückstecken werde. Der ehemalige Springer-Journalist mit dem lettischen und dem deutschen Paß, der heute für eine ultrarechte Partei in Lettland im Parlament sitzt, „würde heute nicht mehr so drastisch formulieren“. Wenn er jemandem Unrecht getan haben sollte, dann bedauere er das und geniere sich nicht, sich dafür zu entschuldigen, gab er zu Protokoll. Staatsanwalt Bernd Mauruschat war von dem rhetorischen Eiertanz offensichtlich nicht beeindruckt und forderte eine 21monatige Haftstrafe ohne Bewährung.

In seiner Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende Richter Bernd Trappe dagegen eine „gewisse Einsicht“ bei Siegerist fest. Auch sei er seit 1992 strafrechtlich nicht mehr in Erscheinung getreten, was für eine „günstige Prognose“ spreche und eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung rechtfertige. Trappe machte aber deutlich, daß Siegerist das Recht auf freie Meinungsäußerung für seine Hetztiraden nicht in Anspruch nehmen dürfe: „Niemand darf eine ganze Volksgruppe als Pack, Diebe, Gesindel, Tiere oder minderwertige Wesen bezeichnen.“ Der Angeklagte habe trotz der von ihm behaupteten christlichen Religiosität „jahrhundertalte Vorurteile bewußt und zielgerichtet ausgenutzt, um davon finanziell zu profitieren“. Neben der Bewährungsstrafe ordnete das Gericht den Verfall der Spendengelder an, aus deren Pool die beiden Angeklagten üppige Gehälter bezogen hatten.

Während seiner dreijährigen Bewährungszeit muß Werner-Joachim Siegerist alle sechs Monate Bericht über seine Lebensführung erstatten. Wie die aussehen könnte, gab der rechtslastige Autor nach dem Urteilsspruch lächelnd preis: „In elf Monaten bin ich Ministerpräsident von Lettland.“ Gegen das Landgerichtsurteil legte Siegerist Rechtsmittel ein, natürlich „bis zum Freispruch“. Volker Stahl

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause am 14. Januar 1998.

Theorieschule für
die „Neue“ Rechte

Ideologische Perspektiven

Die intellektuelle „Neue“ Rechte in Deutschland, die bei Gesinnungsfreunden den Ruf als „dämlichste Rechte Europas“ genießt, scheint sich zu mausern. Verschiedene konkurrierende Strömungen wollen zu einer gemeinsamen Basis finden.

Die Sababurgunden gelten als der Geburtsort der ideologischen Modernisierungsversuche der extremen Rechten in Deutschland. Seit Ende der sechziger Jahre waren es nationalrevolutionäre Kräfte um Vordenker wie Henning Eichberg und Lothar Penz, die zur Debatte und zur Erschließung neuer Themenfelder wie Ökologie und Regionalismus luden. Ein Jahrzehnt übten sie erheblichen Einfluß auf die Ideologieentwicklung bis in die NPD hinein aus. Allerdings führten strategische Diffenzen Mitte der siebziger Jahre zu einer Spaltung und damit deutlichen Schwächung der an Mitgliedern nie sehr starken Bewegung. „Theorielos in die Praxis“ hieß das neue Motto, das das Ende der Sababurgunden einläutete. Nachdem eine Wiederbelebung seit 1984 nur kurzfristigen Erfolg brachte und die nach 1989 als Ersatzveranstaltung etablierte „Denkfabrik Europa der Völker“ in Berlin schnell an internen Mängeln und antifaschistischen Protesten scheiterte, war eine längere Sendepause angesagt.

Das Europäische Reich

Jetzt kehrt man zu den Wurzeln zurück. Synergon, die deutsche Sektion der „neu“rechten Synergies Européennes, und die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG), ein nationalrevolutionärer Restbestand aus „größeren“ Zeiten, hatten für den 22./23. November zu einer Wiederbelebung der Sababurg-Runden geladen. Aber trotz gleichem Ort und zumindest teilweise identischen Teilnehmern hat es Änderungen gegeben. Während früher die Referenten fast ausnahmslos deutsch waren und es vorwiegend um die rechten Perspektiven für die deutsche Nation ging, kommen die Vortragenden heute aus ganz Europa, und ein Europäisches Reich ist sowohl zentrale Stoßrichtung als auch wichtigster Debattengegenstand. Die jüngsten Hefte des „Jungen Forums“ unterstreichen dies. Bei einem solchen Treffen darf der Belgier Robert

Steuckers, Spiritus rector der Synergies Européennes und Herausgeber von „Vouloir“, nicht fehlen. Er hatte bereits bei der Entstehung der Synergon 1995 Geburtshilfe geleistet und im März dieses Jahres den Festvortrag zum 25jährigen Bestehen der DESG in Hamburg gehalten. Er gilt als der zentrale Verbindungsmann für die verschiedenen nationalen Ausformungen der „Neuen“ Rechten, wobei er keine Berührungsängste gegenüber konkurrierenden Fraktionen kennt. Bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse war er Dauergast am Stand des Karolinger-Verlages, wo er den Austausch mit Günter Maschke pflegte, dem deutschen Korrespondenten der „Nouvelle Ecole“. Diese ist zwar das Paradedpferd der Konkurrenz, des GRECE, aber Maschkes inhaltliche Positionen - seine Berufung auf die Konterrevolutionäre Donoso Cortés und Carl Schmitt, die Forderung nach dem Primat der Politik und die nach einer europäischen Großraumpolitik, sind naturgemäß schwerwiegender. Steuckers dürfte auch die Kontakte zu den anderen nicht-deutschen Referenten hergestellt haben, die er aus seinen langen Jahren im GRECE und dessen Umfeld kennt.

Zunächst ist da Jean-Paul Allard, Professor für Germanistik an der Universität Lyon und Leiter des dortigen Instituts für indo-europäische Studien, das ein gemeinsames indo-europäisches kulturelles, sprachliches und spirituelles Erbe als historische Begründung für aktuelle Europakonzeptionen heranzieht. Auch hier sind die früher vertretenen biologistischen Konzeptionen seines Vorgängers Jean Haudry (ex-GRECE) inzwischen durch kulturalistische ersetzt worden. Dort, wo ein Carl Schmitt eine europäische Großraumpolitik als geopolitische Notwendigkeit definiert, leitet die Mannschaft um Allard eine europäische Identität aus der Vor- und Frühgeschichte her. Beide Ansätze ergänzen sich. Allard war seit Anfang der 70er Jahre Funktionär des GRECE und zeitweilig Redakteur der „Nouvelle Ecole“. In den vergangenen Jahren referierte er jedoch mehrfach bei den zentralen Sommerunis der Synergies Européennes.

Ebenfalls ein alter Bekannter in „neu“rechten Kreisen ist der Kroat Prof. Tomislav Sunic, gegenwärtig Kulturattaché an der Botschaft seines Landes in Dänemark. Sunic war Professor für Politikwissenschaft in den USA, bevor er 1994 Leiter der Informationsabteilung des kroatischen Außenministeriums wurde. Beim nationalen Kolloquium des GRECE referierte er in der Vergangenheit ebenso wie beim Studienzentrum Weikersheim, er schrieb für diverse europäische „neu“rechte Zeit-

schriften sowie für „Criticón“ und „Junge Freiheit“. Auch bei Synergon hat er sich bereits eingeführt. Am 23. Mai 1996 sprach er über das deutsch-kroatische Verhältnis im 20. Jahrhundert auf dem Haus der Hamburger Burschenschaft Germania, dem faktischen Sitz von Synergon.

„Intellektuelle Bescheidenheit“ des JF-Chefredakteurs

Auch der letzte, zugleich einzige deutsche Referent, Heiko Möhring (Herne), hat sich in der Vergangenheit einen gewissen Bekanntheitsgrad, allerdings nur innerhalb der engen nationalen Grenzen, erarbeitet. Seit Herbst 1988 war er gemeinsam mit dem Verleger und ehemaligen HJ-Führer Herbert Taege Herausgeber der „Askania Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung“, die bei deutlich revisionistischen Tendenzen vor allem versuchte, „oppositionelle“ Strömungen in NS und HJ für die Traditionsbildung der extremen Rechten nutzbar zu machen. Der ehemalige Oberst im Generalstab Möhring hat die Bundeswehr vor Jahren aus politischem Protest verlassen. In Kreisen der intellektuellen Rechten präsentiert er sich noch immer als Militärexperte, so 1992 beim 7. Marburger Diskurs der dortigen Burschenschaft Germania mit seinem Vortrag „Die militärische Lage Deutschlands nach der Auflösung der Blöcke“.

Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei dieser Sababurgrunde nur um eine Eintagsfliege handelt. Da Synergon in den vergangenen Jahren seine Aktivitäten spürbar ausgeweitet hat und zudem nunmehr über die Unterstützung der erfahrenen Kader der DESG verfügt, muß eher davon ausgegangen werden, daß der neue Anlauf erfolgreicher sein wird als der gescheiterte Mitte der 80er Jahre. Mehr als 50 Dauerteilnehmer lassen auf ein nicht unerhebliches Interesse schließen. Neben zahlreichen Nachwuchskräften waren als Prominenz u.a. Pierre Krebs (Thule-Seminar), Siegfried Bublies („Wir selbst“) und Baldur Springmann anwesend.

Weitere positive Faktoren sind die Verankerung etlicher Aktivisten in studentischen Korporationen und bündischen Gruppierungen wie auch enge Kontakte zu heidnischen und ökologischen Vereinen. Zwar sind die Teilnehmerzahlen keineswegs überwältigend - so zuletzt ca. 60 Teilnehmer bei der Sommeruniversität in Böhmen, die offiziell von einer Akademischen Ferialverbindung Rugia Karlsbad veranstaltet wurde - und noch weit vom Be-

such z. B. der Kolloquien des GRECE entfernt, doch ist eine gewisse Kontinuität inzwischen unbestreitbar. Und es wird offenkundig intensiv daran gearbeitet, den Ruf als „dämlichste Rechte Europas“ loszuwerden.

Einen haben sie dabei scheinbar bereits als unbrauchbar herausgefiltert: den JF-Chefredakteur Dieter Stein. „Mangels geistiger Potentiale“ und wegen seiner „intellektuellen Bescheidenheit“ verstehe dieser die Erfordernisse der Zeit nicht, urteilt der Mitstreiter der Sommeruniversität Jürgen Schwab (Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth), gerade erst zum Mitglied im Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Burschenschaft gewählt und als Buchautor Streiter gegen „Die Meinungsdictatur“ (Nation Europa Verlag). Dieser Meinungsdictatur beuge sich auch Stein letztlich. Eine Anbiederung an den politischen Mainstream sei kontraproduktiv, ergänzt Winfried Knörzer, notwendig sei eine Fundamentalopposition.

Netzwerk im vorpolitischen Raum

Damit zeigen sich zugleich die Konfliktlinien bei der Herausbildung einer „Neuen“ Rechten auch in Deutschland. Ohne Medien, die über die eigenen eingeschränkten Kreise hinausreichen, geht es nicht. Die „Junge Freiheit“ aber als bisher auflagenstärkstes Blatt gerät gleich unter doppelten Druck. Den einen geht ihre Hinwendung zum Neoliberalismus noch nicht weit genug. So will der Berliner FDP-Rechtsaußen Markus Roscher ein eigenes Wochenblatt auf den Markt werfen. Den anderen aber ist Steins Spielzeug inhaltlich zu seicht und ideologisch „herunterliberalisiert“.

Auch hier also der alte Konflikt „Real-“ gegen „Metapolitiker“. Letztere, die Mannen von Synergon, sympathisieren deutlich mit Alfred Mechttersheimers Modell einer Bewegung, die nach Verankerung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft strebt. Es ist der alte strategische Ansatz eines Netzwerkes im vorpolitischen Raum. Da Parteien stets ein Eigeninteresse entwickeln, seien sie gegenwärtig eher kontraproduktiv. Ob Tauschringe, Arbeitskreis Demokratiereform, landwirtschaftlicher Gesprächskreis und die Initiative „Pro Folk“ oder Bewegungen wie die gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg“, gebraucht wird ein Kapillarsystem, das Inhalte der extremen Rechten in die Gesellschaft trägt. Die Sababurgunden könnten und wollen die Ideologie dafür liefern.

Jean Cremet

Sympathiebekundung für Hamas

Unheilvolle Allianzen

Bundesdeutsche Rechtsextremisten propagieren den Schulteranschlag mit radikalen Islamisten.

Zur Annäherung an die Islamisten-Organisation Hamas haben im November d.J. führende Funktionäre der rechtsextremen Szene in Berlin aufgerufen. So spreche für eine „enge Kooperation ... eine gemeinsame historische Grundlage“, zitiert die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) einen Kader der Berliner Neonazi-Kameradschaften. Positiv wird in der BBZ, einem führenden Nachrichtenblatt der rechtsextremen Szene bundesweit, die Nahost-Politik Nazi-Deutschlands und dessen Freundschaft mit dem einstigen Großmufti von Jerusalem, Haj Amin al-Husseini, einem treuen Verbündeten des Dritten Reichs, bewertet.

Berichtet wird in dem BBZ-Aufruf „Nationale für deutsch-palästinensesische Freundschaft“, daß es schon „seit langem“ in politischen Fragen eine „erhebliche Übereinstimmung in den Forderungen der nationalen Opposition in Deutschland und Palästina“ gebe: „Während die nationalen Kräfte hierzulande für eine völkerrechtlich verbindliche Friedenslösung eintreten, wolle die Hamas dasselbe für Palästina erreichen.“

Abrufbar ist der Text u. a. im organisationsübergreifenden Thule-Mailbox-Netz, das als Multiplikator rechtsextremer Publikationen und als elektronisches Diskussionsforum für Neonazis fungiert. Verfasser des Aufrufs ist das BBZ-Redaktionsmitglied Walter Menz. Hamas-Sympathisant Menz ist in rechtsextremen Kreisen hinreichend bekannt. Zeitweilig zeichnete er presserechtlich verantwortlich für die neonationalsozialistische „Kameradschaft Wittenberg“. Diese setzt sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt aus ehemaligen Anhängern der 1995 verbotenen FAP, Skinheads und Hooligans zusammen. Bis zuletzt bestand eine enge Anbindung an den am 14. November aufgelösten rechtsextremen Verein „Die Nationalen“, dem auch Menz angehört hatte.

Sympathien für eine Kooperation mit arabischen Muslimen sind auch in anderen bundesdeutschen Rechtsblättern erkennbar.

In der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ plädierte unlängst der neurechte belgische

Ideologe Robert Steuckers, Herausgeber der Zeitschriften „Orientations“ und „Vouloir“, in einem ganzseitigen Artikel für die Notwendigkeit von „arabisch-muslimischen Alliierten“, um „auf dem internationalen politischen Schachbrett handlungsfähig zu bleiben“. Begrüßt wird von ihm der „panarabische Nationalismus“, der sich dem „amerikanischen Imperialismus“ widersetze. Ebenso angeht es Steuckers von der „Kultur der Gemeinschaften“, die sich in den islamischen Ländern erhalten haben will. Hier will Steuckers anknüpfen und träumt von der „Wiederherstellung eines gemeinschaftsorientierten Rechts“: „Ein Recht, das sich eher an den alten Regeln orientiert, in der die Gemeinschaft im Mittelpunkt steht und das den Regeln seiner modernen Derivate, des Individualismus und des Kollektivismus widersteht.“

In der JF, dem Sprachrohr von Antiwestlern und Streibern wider die universalen Menschenrechte, findet sich auch der Nachdruck eines Interviews der ägyptischen Wochenzeitung „Al-Ahram“ mit Hassan Nasrallah, dem Generalsekretär der libanesischen Hizb Allah. Darin verkündete der islamistische Terrorist als zweitwichtigstes Ziel das „Abbrücken von den dominanten USA“.

Feindbild „Weltjudentum“

Noch härtere Töne waren unlängst in der holocaustleugnenden Zweimonatszeitschrift „Sleipnir“ vom Berliner „Verlag der Freunde“ zu lesen. Dort bejubelte ein Mohammed Said islamistische Terroristen als „Helden“, die sich „geopfert“ haben, um „das Volk vom Sklavenjoch zu befreien.“ Propagiert wurde von Said der „Heilige Krieg“. Dieser sei heute „Pflicht“. Dem Westen spricht Said „das Recht auf Führung“ ab, „denn seine Sprüche von Demokratie, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenrechten und Sicherheit sind hohl“. Veröffentlicht ist in der besagten „Sleipnir“-Ausgabe auch die Anzeige eines „Islamischen Verteidigungsrates Europas“.

Kaum bekannt ist in der demokratischen Öffentlichkeit, daß Hamas-Abgesandte auf der Einladungsliste eines internationalen, konspirativ durchgeführten Kongresses von Holocaustleugnern zu finden sind. Organisiert wurde der Kongreß 1992 von dem in Schweden lebenden Marokkaner Ahmed Rami, zumindest zeitweilig Europakorrespondent für die größte islamistische arabische Zeitung „Al Shaab“ („Das Volk“). Rami gilt als Bindeglied zwischen westeuropäischen und arabi-

schen Holocaustleugnern. Eingeladen wurden zu dem Kongreß (Stockholm) neben Hamas und Hizb Allah auch Vertreter der russischen Pamjat und japanische Revisionisten.

Rami, in Schweden rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt, nahm im Vorfeld der Vorbereitung des Revisionismus-Kongresses auch an der Jahrestagung des US-amerikanischen „Institut for Historical Review“ (IHR), eines „Sammelbeckens für Holocaust-Leugner, Neonazis, Deutschlandfanatiker, rechtsgerichtete Extremisten, Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretiker“ (Deborah E. Lipstadt) teil.

Über die revisionistischen Umtriebe von Rami, der von einer „westlichen Intifada gegen die Judenherrschaft“ träumt, (Brief von Rami an Robert Faurisson, Symbolfigur des französischen Revisionismus, vom 28. April 1991), berichteten in der Bundesrepublik einschlägige Blätter wie „Nation+Europa“, die „Deutsche Rundschau“, „Remer-Depeche“ und „Recht und Wahrheit“. Sie alle sind sich mit Rami einig: „Man kann sagen, daß das organisierte Weltjudentum der einzige Gewinner des 2. Weltkrieges ist. ... Das organisierte Weltjudentum

erlangte durch Auschwitz eine nie dagewesene Freiheit zur unkontrollierten Machtentfaltung. Heute sitzen Juden an allen wichtigen Schalthebeln der Macht in den USA“ (Interview mit dem antisemitischen Hetzblatt „Deutschland Report“).

Solidarität mit ihren „arabischen Brüdern“ demonstrierten bundesdeutsche Rechtsextremisten auch am 22. November 1997. In der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart sammelten sich rund 40 Neonazis unter dem Banner der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Bei klirrender Kälte bekundeten sie ihre Solidarität mit dem Irak, die unter dem Motto „Schluß mit dem Wirtschaftsimperialisismus der Weltpolizei USA - Freiheit und Selbstbestimmung auch für das irakische Volk“ stand. Redner der Veranstaltung waren der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und Parteivorstandsmitglied Michael Wendland und der 20jährige JN-Landesvorsitzende Mike Layer (Ludwigsburg), seit 27. September d.J. Nachfolger des bisherigen JN-Landesvorsitzenden Wendland.

Anton Maegerle/Mitarbeit:Friedrich Klein

Nachspiel zu Rudolf-Heß-Marsch

Das Amtsgericht Worms verurteilte am 9. Dezember drei Rechtsextremisten wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu Haft- bzw. Geldstrafen. Gegen Thomas Wulff verhängte das Wormser AG eine sechsmonatige Haftstrafe auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Zugleich muß der vorbestrafte Neonazi-Kader Wulff 240 Arbeitsstunden ableisten. Jens Pühse und Holger Apfel erhielten Geldstrafen in Höhe von 120 Tagessätzen à 60 respektive 90 Tagessätze zu 30 Mark.

Anlaß des Verfahrens war der verbotene „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ vom August 1996 in Worms (vgl. BNR 18/96), an dem etwa 200 Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet teilgenommen hatten. Die drei Neonazis hatten zuvor ihre schriftlichen Strafbefehle nicht akzeptiert, so daß es am 25. November zur Hauptverhandlung in Worms kam. Angekündigt wurde der Prozeß auch in den „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG): „Wir fordern deshalb alle Kameraden zur Solidarität mit den Angeklagten auf! Kommt zu den Prozeßterminen und informiert Eu-

re Mitbürger über die Justizwillkür. „Unter den Zuschauern der Prozeßeröffnung waren u.a. Christian Hehl, Alexander Feyen und René Rodriguez-Teufer. Am ersten Verhandlungstag wurde Dave Schiek, ehemaliger stellvertretender JN-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und NPD-Kreisvorsitzender aus Rudersberg (Rems-Murr-Kreis) als Zeuge vernommen. Die Angeklagten machten im Laufe der Verhandlung geltend, an einer Spontandemonstration teilgenommen zu haben. Im übrigen hätte Thomas Kubiak über das bundesweite Infotelefon des „Aktionskomitees“ die Veranstaltungen anlässlich des Todestages von Rudolf Heß organisiert. Der am 22. November verstorbene Kubiak, er ließ sich somit gefahrlos von den einstigen „Kameraden“ belasten, war am 17. August 1996 zusammen mit 50 weiteren Neonazis an der deutsch-französischen Grenze festgenommen worden.

Verteidigt wurden der ehemalige Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“ in Hamburg Wulff von dem neonazistischen Rechtsanwalt Jürgen Rieger und der ehemalige Aktivist der illegalen „Nationalistischen Front“ Pühse von dem Szene-Anwalt Günter Herzogenrath-Amelung. Dem Bundesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“, Holger Apfel, stand der Strafverteidiger Schaller zur Seite.

E.B.

Kein Ende einer Nachkriegsgeschichte

NS-Prozesse

Seit dem 25. November steht ein 75 Jahre alter Rentner aus Leverkusen vor einer Jugendstrafkammer des Kölner Landgerichts. Das Verbrechen, das er begangen haben soll, geschah vor 55 Jahren. In dem kleinen ukrainischen Dorf Israilowska im Bezirk Ustinowka wurden im Sommer 1942 die erwachsenen Juden auf dem Marktplatz zusammengetrieben, danach in ein nahegelegenes Wäldchen gebracht und durch Genickschuß ermordet. Anschließend machte die Hilfsmannschaft der deutschen Gendarmerie Jagd auf die zurückgebliebenen jüdischen Kinder. Sie mußten auf ein Pferdefuhrwerk klettern, wurden an den Dorfrand gefahren und erschossen. Der Rentner, so die Staatsanwaltschaft, habe das Fuhrwerk begleitet, gegen mögliche Befreiungsversuche abgesichert, aber nicht geschossen. Also Beihilfe zum Mord. Damals war der Mann 19 Jahre jung, deshalb jetzt die Jugendstrafkammer in Köln.

Auf die Spur des Angeklagten sind die deutschen Behörden durch einen Zufall gestoßen, besser: gestoßen worden. In Australien läuft derzeit das Auslieferungsverfahren gegen einen ehemaligen Ukrainer, der ähnliche Verbrechen begangen haben soll. Deshalb wandte sich die australische Polizei an die für Verbrechen außerhalb von Konzentrationslagern zuständige Staatsanwaltschaft Dortmund und erfuhr von ihr, in Leverkusen lebe ein früherer Ukrainer, der gleichfalls in jener Zeit ukrainischer Hilfspolizist gewesen sei. Nun begann auch die Dortmunder Behörde, tätig zu werden. Aus dem Umfeld des Beschuldigten wurde bekannt, er habe von jenen Morden berichtet. So entstand die Anklage – nicht durch Dortmunder Aktivitäten, sondern durch unfreiwilligen Druck von außen. Kein Ruhmesblatt für den Behördenleiter Klaus Schacht.

Schachts Turiner Kollege Staatsanwalt Pier Paolo Rivello ist derzeit dabei, doch noch ein Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) Theodor Emil Saevecke durchzudrücken. Saevecke war während des Zweiten Weltkrieges Polizeichef in Mailand, das als Hauptstadt der Resistenza galt. Am 8. August 1944 griffen italienische Widerstandskämpfer einen deutschen Militärlastkraftwagen an. Bei dem Anschlag wurde der deutsche Fahrer leicht verletzt, während sechs italienische Zivilisten umkamen. Saevecke

ließ zwei Tage später zur Abschreckung 15 Strafgefangene auf der Mailänder Piazzale Loreto erschießen. Die Leichen mußten auf Befehl des deutschen Polizeikommandanten „zur Abschreckung“ mehrere Tage auf dem Platz liegenbleiben.

Saevecke, geboren 1911 in Hamburg, hat das ihm angelastete Verbrechen in seiner Nachkriegskarriere nicht geschadet. Ein Ermittlungsverfahren der erwähnten Dortmunder Staatsanwaltschaft wurde bald eingestellt. Schon 1952 übernahm Nordrhein-Westfalen ihn in den Polizeidienst, wo er in die Spitze der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes aufrückte. 1962 soll er einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) zufolge die Aktion gegen Spiegel-Redakteure geleitet haben, denen Hochverrat vorgeworfen wurde. Jener spektakuläre Angriff auf die Pressefreiheit („Ein Abgrund von Landesverrat“ sagte Bundeskanzler K. Adenauer) führte damals zum Rücktritt von F. J. Strauß als Bundesverteidigungsminister. 1971 ging Saevecke mit 60 Jahren in den Ruhestand. Seitdem lebt er in Ostwestfalen.

Gewiß, ohne das aufsehenerregende Verfahren gegen den früheren SS-Sturmbannführer (Major) Erich Priebke im Sommer 1997 in Rom wegen der Ermordung von 335 italienischen Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom hätte es der Turiner Staatsanwalt schwerer gehabt, nun gegen Saevecke vorzugehen. Aber immerhin, nun versucht er es mit Nachdruck. Es soll zunächst ein Verfahren in Abwesenheit geführt werden. Endet dies mit einer Verurteilung, womit Rivello fest rechnet, wird in Bonn die Auslieferung beantragt werden. Dann käme erneut die deutsche Justiz in Zugzwang. Das Grundgesetz verbietet die Auslieferung deutscher Staatsbürger ans Ausland. Gegen Saevecke müßte dann hier ermittelt werden, und zwar ausgerechnet durch Klaus Schacht in Dortmund, weil seine Staatsanwaltschaft zuständig wäre.

Für Massenmorde verantwortlich

Aber nicht nur im Ausland sind Justizbehörden neuerdings bemüht, mutmaßliche NS-Verbrecher auf die Anklagebank zu bringen. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ist jetzt dabei, endlich Johannes Thümmeler zur Rechenschaft zu ziehen. Staatsanwalt Kurt Schrimm sagte jüngst einer Nachrichtenagentur, er werde demnächst Anklage gegen Thümmeler erheben. Endlich, muß hinzugefügt werden, weil die polnische Justiz seit Jahrzehnten bemüht ist, die deutschen Kollegen in Sachen Thümmeler in Bewegung zu setzen. Aber erst die Vereinigung der beiden deutschen Staaten scheint

nun einiges in Bewegung zu setzen. Stuttgart will gegen Thümmeler als ehemaligen Gestapo- und Chemnitz vorgehen. Er soll persönlich für die Deportation von mindestens 2.000 Chemnitzer Juden verantwortlich sein. Ein Stuttgarter Staatsanwalt sammelt bereits in Polen Dokumente. Die gibt es reichlich. Thümmeler war nämlich seit Oktober 1943 von seiner Dienststelle Krakau aus auch Vorsitzender des Polizeistandgerichts in Auschwitz. Dies tagte ein- bis zweimal je Monat in Block elf des Stammlagers. Die „Verhandlungen“ dauerten durchschnittlich fünf Minuten und endeten fast ausnahmslos mit einem Todesurteil, das unmittelbar danach an der Schwarzen Wand vollstreckt

wurde. Wegen dieser Massenmorde ist Thümmeler nie zur Verantwortung gezogen worden. Ein Ermittlungsverfahren endete 1964 mit der Einstellung. Anfang 1996 wollte Thümmeler von der Stadt Chemnitz seine Kunstsammlung zurückbekommen. Es handle sich, so der Ex-Gestapo- und Chemnitz, um „alten Familienbesitz“. Eine Interessengemeinschaft von Holocaustopfern konnte freilich nachweisen, daß Thümmeler die Kunstsammlung zusammengeraubt hat. Sein Antrag scheiterte. Wegen der neuen Ermittlungen soll er bereits einen Verteidiger beauftragt haben. Thümmeler ist jetzt 91 Jahre alt und Beobachtern zufolge gesund und munter.

Heiner Lichtenstein

Urteil über Scientology

„Abdrängung der sozial Schwachen“

Die Neue Juristische Wochenschrift hat soeben ein landgerichtliches Urteil abgedruckt, das den Ausschluss von Scientology-Anhängern aus der CDU für statthaft erklärt hat (Landgericht Bonn-Urteil vom 9. Juli 1997 – NJW 1997, 2958 ff – nicht rechtskräftig). Das Landgericht hatte zunächst den Beschluss des CDU-Bundesparteitags aus dem Jahre 1991 für zulässig erklärt, die Mitgliedschaft bei Scientology für unvereinbar mit einer CDU-Mitgliedschaft zu erklären. Das Gericht erklärte, solche Unvereinbarkeitsbeschlüsse – sofern sie nicht willkürlich seien, was im konkreten Falle nach Prüfung des Zustandekommens verneint wurde – seien Ausfluß der durch das Grundgesetz und das Parteiengesetz vorgegebenen Parteiendemokratie, die den Parteien die Aufgabe zuweist, „in einem weitgehend staatsfreien Raum Meinungen in der Gesellschaft (zu) bündeln“ und den so geformten „politischen Willen in den staatlichen Bereich ein(zu)bringen“. Daraus folgt, daß die innere Demokratie einer Partei ebenfalls demokratischen Grundsätzen entsprechen muß.

Scientology hat nach der durch Originalzitate belegten Überzeugung des Gerichts ein Programm, das den Grundüberzeugungen der CDU widerspreche. Das Gericht schreibt, „im Gegensatz zu dieser Programmatik der freien Entfaltung des einzelnen steht die von der Scientology Church geforderte Disziplin, so wie sie in dem <HCO-Policy Letter> vom 5.1.1968 objektiv zum Ausdruck

kommt: <Da Scientology die totale Freiheit bringt, muß sie auch die Macht und Autorität haben, totale Disziplin zu fordern, oder sie wird nicht überleben>. Überdies unterliegt das einzelne Mitglied nach dem objektiven Erklärungsgehalt der Äußerungen des Gründers Hubbard zur Durchsetzung der scientologischen Lehre der Kontrolle durch andere Mitglieder. Zu diesem Zweck sollen Wissensberichte geschrieben werden. ... Weiter ist nach dem objektiven Erklärungsgehalt einer <HCO-Richtlinie> vom 18.6.1968 Meinungspluralismus und Toleranz gegenüber Andersdenkenden nicht erklärtes Ziel der Scientology Church: <Der Zweck von Ehtik ist: Die Gegenabsichten der Umgebung zu entfernen. Nachdem das erreicht ist, wird der Zweck: Die Existenz anderer Absichten aus der Umgebung zu entfernen>.“ Im übrigen führt das Gericht aus, „sieht das Programm der Scientology Church nach Äußerungen ihres Gründers Hubbard eine Abdrängung der sozial Schwachen wegen deren Nutzlosigkeit zur Erreichung scientologischer Ziele an den Rand der Gesellschaft vor: <Die Planung für Scientology ist so angelegt, daß die Fähigen fähiger gemacht werden, während die Unfähigen sich selbst überlassen bleiben, bis wir richtige Anstalten für sie gebaut haben. Wenn wir das machen, wachsen wir. Wenn wir, wie das einige Unkluge tun, uns die Unfähigen, Hilfslosen und die Zurückgebliebenen aufhalten, werden wir nicht in der Lage sein, schnell genug voranzuschreiten.> (<FSM News Letter> 1993,3.“

Worte, wie <Feinde ... dumpf aufs Straßenpflaster klatschen> oder <feindliche Lager ... in riesigen Flammen aufgehen> lassen, dürften hinreichend belegen, daß das Programm von SC extremistisch ist.

Klaus-Henning Rosen

Immer mehr Fakten
kommen ans Licht

Pure Naivität?

Im „blick nach rechts“ Nr. 18 vom 3. September 1997 wurde über die rechte Einflußnahme auf den Tauschring Hemmoor berichtet. „Tagesthemen“, „Fakt“ (beide ARD), „Hallo Niedersachsen“ (NDR), „Der Spiegel“ sowie verschiedene Tageszeitungen haben das Thema aufgegriffen. Immer mehr Verbindungen von Alfred Beyer (69) und seiner Frau Sigrid (44) wurden publik. Ein Grund mehr zum Nachfassen.

Alfred Beyer gab an der örtlichen Volkshochschule Kurse über „Neues Denken – Positives Denken“, Gattin Sigrid war als Künstlerin und im Schülerterrat des Gymnasiums aktiv. Dieser schaffte für die Schülerbücherei Bücher über „Positives Denken“ an, darunter der umstrittene Psycho-Guru und „Esoterik-Rechtsaußen“ Eberhard F. Freitag, der von den Beyers verehrt wird.

1993 waren die Beyers während der „Hetendorfer Tagungswoche“ im „Heide-Heim“ in Hermannsburg-Hetendorf (Kreis Celle) zu Gast. Alfred Beyer referierte zu „Rauchen und Gesundheit“, was die anwesenden Jungfaschos relativ kalt gelassen haben dürfte. Die Einrichtung gilt als eines der wichtigsten Neonazi-Schulungszentren in Deutschland. Organisator des braunen Treibens ist der Hamburger Jürgen Rieger, der „Staranwalt der Neonazi-Szene“. Während der Tagungswoche wurden Vorträge über „Die Zerstörung des deutschen Volkes durch die BRD-Ausländerpolitik“, „Heidnische Kunst“, „Rasse und Heimat“ sowie „Die germanische Seele des Deutschen“ gehalten. Der nationale Barde Frank Rennie sorgte für den musikalischen Rahmen.

Sigrid Beyer war jahrelang Mitglied in der von Rieger geführten „Artgemeinschaft“, einer Nazi-Sekte, die sich zum „germanischen Kulturerbe“ bekennt. Damals war sie noch mit dem heidnischen „Trauersprecher“ Gerd Rothe verheiratet. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Artgemeinschaft – darunter „Prominente“ wie Pierre Krebs (Mitbegründer des Kasseler „Thule-Seminars“) oder das Ehepaar Biber aus Salzgitter (Wiking-Jugend) –, bevollmächtigte das Ehepaar Rothe 1980 Rieger mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Sowohl das Ehepaar Rothe als auch Alfred Beyer und seine damalige Frau waren im Hamburger „Burgenring – Europäischer Kulturkreis in Stadt und Land“

aktiv. Der Verein wurde von Alfred Beyer geleitet, Sigrid Rothe war Geschäftsführerin. Der 1987 aufgelöste Burgenring hatte Kontakte zum ökofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) und zur rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ von Jürgen Rieger. Das Burgenring-Logo hat eine frappierende Ähnlichkeit mit dem des – von den Beyers mitinitiierten – „Tauschring Oste-Talente Hemmoor“.

Alles halb so wild, wenn man dem Ehepaar Beyer Glauben schenken mag. Wenn es nicht diese Fülle von Fakten und Kontakten gäbe, wäre man tatsächlich versucht, den beiden eine „erschreckende Naivität“ zu bescheinigen, wie dies kürzlich ein Lokalblättchen tat. Wer dies alles jedoch mit dem Tauschring in Zusammenhang setzt und dabei feststellt, daß diese unverdächtige Organisation und ihre Mitglieder bewußt für bestimmte rechte Aktivitäten der Beyers benutzt wurden, der/die mag an Naivität nicht mehr glauben. Dies mag man hingegen den meisten Tauschring-Mitgliedern nachsagen. Die verhalten sich nämlich zu den aufgedeckten Tatsachen seit Monaten gleichbleibend: Sie schweigen.

Torsten Borchers

Vor Verbot aufgelöst

Die neonazistische Vereinigung „Die Nationalen“ hat sich aufgelöst. Dies gab am 14. November Frank Schwerdt, langjähriger Vorsitzender der „Nationalen“ und einer der führenden Ideologen der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) in einer Presseerklärung, ebenso wie die Löschung aus dem Vereinsregister, bekannt. Demnach hat die Mitgliederversammlung diesen Schritt beschlossen, weil sich die Aufgaben und Ziele der „Nationalen“ weitgehend erfüllt hätten. Ziel der im Jahre 1991 in Berlin-Schöneweide gegründeten Vereinigung sei der Aufbau eines informellen Netzwerkes und die Unterstützung rechtsextremer Einigungstendenzen gewesen, hier habe man „erreicht, was zu erreichen war“. Um dem Ziel nicht letztendlich selbst im Weg zu stehen, habe man sich von der bestehenden Struktur gelöst. Die Arbeit werde nun in den Kameradschaften, Parteien und Gruppierungen fortgesetzt. Zuletzt zählte der Verein nach eigenen Angaben etwa 300 Mitglieder in Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Mit ihrer Selbstauflösung sind die „Nationalen“ einem möglichen Verbot zuvorgekommen, das bereits medienwirksam diskutiert wurde.

A.M.

Schweizer Regierungspartei am rechten Abgrund

Plattform für Antisemiten

In den vergangenen Wochen hat die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP), die xenophobe Schweizer Regierungspartei, ihre ausländerfeindlichen Forderungen wieder aufs politische Parkett gebracht: Begleitet von einer rassistischen Kampagne der einzigen deutschschweizer Boulevard-Zeitung („blick“) und von Polizeimeldungen, die fast jeden Ladendiebstahl eines Asylbewerbers für veröffentlichungswürdig halten. Tenor der Kampagne: Asylbewerber, insbesondere jene aus dem Kosovo, sind kriminell und gewalttätig.

Im Dezember 1996 war die SVP mit ihrer Volksinitiative „Gegen die illegale Einwanderung“ gescheitert. Das Volksbegehren hatte die unverzügliche Ausweisung von Asylbewerbern gefordert, die illegal in die Schweiz einreisen.

Die neue SVP-Kampagne folgte wenige Wochen nach einer schweren SVP-Niederlage. In einer Volksabstimmung hatten die Schweizer Stimmbürger/innen am letzten September-Weekende mit 70 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „Jugend ohne Drogen“ abgelehnt. Das Volksbegehren, das eine ausschließlich auf Abstinenz und damit auf Repression ausgerichtete Drogenpolitik vorsah, war von der SVP (als einzige große Partei) und von Rechtsaussen-Organisationen wie beispielsweise vom VPM (Verein für psychologische Menschenkenntnis) getragen worden.

Die politische Ausrichtung der SVP wird seit Jahren von den Zürcher Exponenten bestimmt. Düstere Aussichten: Bereits Monate vor den Wahlen in der größten Schweizer Stadt Zürich macht die Stadtzürcher SVP-Sektion, präsiert vom millionenschweren Autoimporteur Walter Frey, Stimmung gegen Menschen ohne Schweizerpaß. Die Parolen erinnern an Jean-Marie le Pen (La France aux Français) und an Jörg Haider (Österreich zuerst). Die Forderungen reichen von nationalistischer Bevorzugung („Zuerst haben wir uns um die eigenen Bürger zu sorgen!“ Oder: „Schweizer Kinder haben in der Schweiz Anspruch auf gehörige Ausbildung“) bis zu unverblühten Anleihen an einen bekannten rechtsextremen Slogan: „Kriminelle Ausländer raus“.

In die seit Monaten dauernde Diskussion um die Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg greifen SVP-Exponenten immer wieder mit der Anrufung antisemitischer Vorstellungen ein. Ueli Maurer, Präsident der SVP-Schweiz, beispielsweise hatte behauptet, der (auch auf Druck der Schweiz) von den Nazis eingeführte J-Stempel sei auch „zum Schutz der Betroffenen“ eingeführt worden. Mit solchen Peinlichkeiten ist in Zukunft weiter zu rechnen: Der viele Millionen Franken schwere Unternehmer Christoph Blocher, der starke Mann der SVP, hat sowohl der Aufarbeitung der Geschichte wie auch einer Solidaritäts-Stiftung den Kampf angesagt.

„Die Stimme des Volkes“

Im rechtsextremen Bereich jedenfalls würdigt man Blochers Tätigkeit häufig positiv. Bereits vor zehn Jahren lobte der Lausanner Altfaschist Gaston Armand Amaudruz den Zürcher SVP-Haudegen, endlich ein <Systempolitiker>, der „die Augen aufmache“. Neuestes Beispiel: Der <Morgenstern>, das offizielle Organ der neonazistischen, im April 1996 gegründeten Nationalen Initiative Schweiz (NIS), befand im Sommer 1997, Blocher habe „ein wohlthuendes Gegengewicht zu den widerwärtigen Geschichtslügen und Selbstbesudelungen fast aller Medien und Politiker geschaffen.“ Auch außerhalb der Schweizer Grenzen findet Nationalist Blocher rechtsextreme Anerkennung. Im Sommer 1997 lobte der kanadische Holocaust-Leugner Ernst Zündel, Blocher nehme <Die Stimme des Volkes gegen die jüdischen Geldforderungen> wahr.

Gegenüber Antisemiten und Rechtsextremen grenzt sich die SVP, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich ab. Erst nach mehreren Jahren, überlegte sich die baselstädtische SVP, ob sie allenfalls ihr antisemitisches und holocaustleugnendes Mitglied Ernst Indlekofer ausschließen könnte. Indlekofer, Verleger und Redakteur der Zeitschrift „Recht+Freiheit“, kam im Herbst 1995 dem Ausschluß durch Austritt zuvor. Noch immer Platz innerhalb der SVP hat der <Memopress>-Herausgeber Emil Rahm, obwohl dieser im Frühjahr 1997 wegen Verbreitung antisemitischer Literatur (Jan van Helsing/Geheimgesellschaften) zu einer Geldbuße von 5 000 Franken verurteilt worden ist.

Trotz der rassistischen Kampagnen und der Anbiederung bei den Rechtsextremen haben die anderen drei Regierungsparteien (Christdemokraten, Freisinnige, Sozialdemokraten) die Regierungsbeilegung der SVP noch nicht öffentlich in Frage gestellt.

Hans Stutz

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF)-12. Jg.,Nr. 45, 46, 47, 48
u. 49/97:

Der neurechte Publizist Günter Maschke, der ob ihres miserablen intellektuellen Niveaus schwarz sieht für die Zukunft der deutschen Rechten, beklagt im JF-Interview den Inhalt „gewisser rechter Bücherschränke“. Ein „jahrzehntelang umkonditioniertes Volk mit einem völlig verschütteten Bewußtsein“ könne schließlich nicht „durch ein paar witzige Formulierungen oder ... flotte Phrasen kuriert“ werden. Maschkes Forderung nach einer intellektuellen und wissenschaftlichen Ernsthaftigkeit der Rechten dürfte allerdings auch auf den befragenden JF-Chefredakteur Dieter gemünzt sein, wie eine gewisse Diskrepanz zwischen Fragen und Antworten im Interview nahelegt (45/97). Dieter Stein konstatiert denn auch in seinem Kommentar - sicherlich zu Recht -, daß die Rechte eine „schärferen und intellektuellen Debatte“ derzeit nicht gewachsen sei. Ins Visier nimmt die JF wieder einmal die PDS-Politikern Ulla Jelpke, die mit ihren Parlamentarischen Anfragen im Bundestag zur Rechten als „personelles Kontaktscharnier zur linksextremen Szene“ fungiere (45/97). Standortnationalismus als Fitmacher für die Globalisierung verträgt nach Ansicht der JF kein „internationales Wanderproletariat“ (45/97).

Als Gegenargument zu einer Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern wird angeführt, man raube diesen die Identität; mit einem Federstrich würden „junge stolze Türken“ schlichtweg „zu eingebürgerten Deutschen türkischer Herkunft“ (46/97). Der Präsident der neurechten französischen Denkschule GRECE, Jean-Claude Jacqard, erläutert im JF-Interview die grundlegenden Unterschiede zwischen den Positionen der Neuen Rechten und der Le Pen-Partei (46/97). Die Berichterstattung über das Köschinger Treffen vom 2. November (s.o.), ausgerichtet von der „rechtsnationalen“ Zeitschrift „Nation+Europa“, läßt deutliche Sympathien für das dort forcierte Einigungsbestreben der extremen Rechten vermuten (46/97). Vergangenheitsbewältigung a'la JF; nahtlos wird eine Linie gezogen von dem Terror der RAF zu dem Umfeld und der Partei der Grünen. Auch Pankraz rechnet in seiner Kolumne mit den 68ern ab, einer „Gegenelite, durch die Ungunst der Geschichte nach oben geschwemmt“, wie es sie auch in „den

dunkelsten Zeiten“ der deutschen Geschichte nicht gegeben habe (46/97).

Eine andere Art der Vergangenheitsbewältigung findet sich in der nächsten JF-Ausgabe, wobei die Bedeutung des 9. November als Gedenktag infrage gestellt wird. Hinsichtlich der Reichspogromnacht sei schließlich „keine unwesentliche Frage“, was von den „braunen Banden“ organisiertes Verbrechen und vom Pöbel „veranstaltete Mordhatz“ war (47/97). Der frühere Berliner Staatssekretär Gerhard Eiselt versucht sich in seinem Beitrag in der Rubrik „Zeitgeist“ in der Verächtlichmachung der deutschen Vergangenheitsbewältigung, wozu dann auch gleich die Verunglimpfung von Repräsentanten des Staates gehört. In dem Bericht über das Treffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ vom Oktober in Hammelburg werden die Verdienste der Revanchistenorganisation positiv gewürdigt. Der neurechte Ideologe Michael Walker streicht in seiner Reportage über Indien die Würde des Elends und der Armut der Menschen gegenüber den unheilvollen Einflüssen der „westlichen Zivilisation“ heraus (47/97).

Über einen angeblichen McCarthyismus von links, wie Meinungsterror, versuchte Einschüchterung, Einschränkung der Meinungs-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit, lamentiert Anti-Antifa-Strategie Hans-Helmuth Knütter; die Gefahr von rechts sei schließlich reine Fiktion (48/97). Kritik der JF wird laut an der angeblich großzügigen Haltung der Bundesregierung in der Frage der Entschädigung von NS-Opfern, allmählich sei „das Maß des Erträglichen erreicht“. Über Verschwörungstheorien, in dem Fall gegen rechts, läßt sich Jürgen Hatzenbichler, Politikchef der neugegründeten österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ aus, als konkrete Urheber benennt er den Journalisten Hans-Henning Scharsach mit seinem Buch über Haider und das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ (48/97). Als Beispiel für die gescheiterte Integrationspolitik Belgiens wird der „Hexenkessel Brüssel“ angeführt, gerade die stolzen jungen Marokkaner sollten doch im eigenen Interesse das Land gefälligst verlassen. Verherrende Auswirkungen hätte die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft für die Bundesrepublik, am Ende werde „eine dreigeteilte Gesellschaft aus Geburtsdeutschen, Paßdeutschen und Ausländern stehen“ (48/97).

Schamlos gegenüber dem eigenen Volk, so Klaus Hornung in seiner Kolumne, sei die Bonner Ausländerpolitik, die doch nur vor dem „auf den deutschen Schuldkomplex spekulierenden ‘Fremdenhaß’-Vorwurf“ kuschen würde (49/97). Das in der

öffentlichen Debatte stehende „Schwarzbuch des Kommunismus“, auch als französischer „Historikerstreit“ bezeichnet, bietet für die JF Anlaß zu einer Neubewertung des „deutschen Historikerstreits“, den die Kritiker Ernst Nolte mit „weithin gefälschten Zitaten“ für sich entschieden hätten. Der neurechte Chefdenker Alain de Benoist setzt die Nazi-Ideologie der „minderwertigen Rasse“ mit der „erblichen ‘konterrevolutionären Klasse’“ in begrifflichen Zusammenhang (49/97). Im JF-Interview gibt Mehmet Erbakan, Generalsekretär der türkischen Fundamentalistenorganisation „Milli Görüş“ kund, die antisemitischen Tendenzen in seiner Organisation seien nicht gegen die Juden an sich, sondern gegen den Staat Israel gerichtet. Geschichtsrevisionist Alfred Schickel, Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsanstalt Ingolstadt“ betont im JF-Gespräch, daß sein Institut ausschließlich der „erkannten historischen Wahrheit verhaftet“ sei (49/97).

„Nation+Europa“ (NE) - 47. Jg., 11-12/97:

Der Bericht über das Köschinger Treffen am 2. November 1997 (vgl. BNR 23/97) ist Veranlassung („Patrioten aller Länder, vereinigt Euch“), die deutsche „demokratische Rechte“ ein weiteres Mal aufzurufen, nach dem Vorbild von Front National und Vlaams Blok „Hand in Hand“ zu gehen. Aber nicht nur die Berichte über die zahlreichen Neugründungen von Initiativen und Parteien, die dem identischen Ziel geweiht sind (vgl. BNR 22 u. 23/97), vor allem „das Menetekel der Hamburger Wahl“, bei der DVU und REP säuberlich getrennt antraten, macht die für Demokraten begrüßenswerte Hilflosigkeit solcher Appelle deutlich. Auch Kolumnist Schönhuber kommt zu einer für die Bewegung eher entmutigenden Analyse. Dabei wird überraschend positiv das Bemühen des REP-Vorsitzenden Schlierer erwähnt, während er über BFB-Brunner („ist und bleibt Teil des Establishments“ - was ist das Istäblischmänt, Herr S.?) und dessen Kandidaten Ulrich Schacht (weil er mit Heimo Schwillk als „absoluten Höhepunkt der Anbiederung“ in der JF zur Verteidigung der Grenzen Israels eintrat) den Daumen senkt. Wie die Eini- gungschancen aussehen, macht auch der faksimilierte Brief des Bundesvorsitzenden der REP an den DVU-Vorsitzenden Dr. Frey deutlich: „Nachdem Sie in der Öffentlichkeit bereits angekündigt hatten, in Niedersachsen Herrn Schröder und in Bayern die Freien Wähler zu unterstützen, steht fest, daß Sie keine Position einer nationalen Opposition sondern die Altparteien unterstützen.“; damit

schließt er die Möglichkeit von Absprachen aus. Bemerkenswert ist ein mit Abbildung von Ordnern mit Baseball-Schlägern illustrierter „Zwischenruf von Herbert Rauter“, der sich gegen „bullige Skinheads, tätowierte Rockergestalten, pickelgesichtige Jünglein mit Irokesen-Bürste und Ringlein im Ohr“ im Gefolge nationaler Gruppen verwahrt („in dieser Aufmachung hätte man <sowas> bei der HJ nicht aufgenommen“) und die Forderung aufstellt, „wir brauchen einen Kodex für unser Erscheinungsbild“.

Texte über den lokalen Widerstand

Der Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt, der sich seit über 25 Jahren mit Fragen der Erforschung und Vermittlung des Widerstandes befaßt, hat im Rahmen seiner Reihe „Heimatgeschichtliche Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945“ einen neuen Band herausgegeben. Der aktuelle Band Baden-Württemberg II (Regierungsbezirk Freiburg und Tübingen) ist bereits der 8. Band in der Reihe (Hessen I u. II, Niedersachsen I u. II, Saarland, Baden-Württemberg I, Bremen, Schleswig-Holstein I). Durchgängiges Konzept der Reihe ist es, den lokalen Bezug mit systematischen Schwerpunkten zusammenzubringen. Es können so strukturelle Zusammenhänge auf eine verständliche und nachvollziehbare Weise den Leserinnen und Lesern vermittelt werden. Gleichzeitig geht von den Bänden den Anregung aus, diesen Zusammenhang selbst nachzuspüren, selbst aktiv zu werden, ohne daß eine „Entpolitisierung von Geschichte durch Anschaulichkeit“ droht.

Im aktuellen Band werden u.a. dokumentiert: Der Widerstand von Gruppen und Personen aus der Arbeiterbewegung, der illegale Grenzverkehr am Oberrhein und am Bodensee, Stationen der Verfolgung der jüdischen Menschen, das Schicksal der Sinti und Roma, die Verfolgung von Behinderten ...

Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Baden-Württemberg. Band 5. Frankfurt 1997, 350 S., ISBN 3-88864-223-X.

Kontakt: Studienkreis Deutscher Widerstand, Kurfürstenstraße 18, 60486 Frankfurt-Bockenheim; Tel. 069/77 93 66, Fax 069/707 39 67.

BÜCHERSCHAU

Geschichte des Judenhasses

Nahezu zeitgleich mit Daniel Goldhagens viel diskutierter Studie „Hitler's Willing Executioners“ erschien eine Arbeit mit ähnlicher Fragestellung und These von dem an der City University in New York lehrenden Professor für Europäische Geschichte John Weiss. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches „Ideology of Death, Why the Holocaust Happened in Germany“ distanziert er sich von Goldhagens – „haltlosen und unverantwortlichen Vorwürfe(n) einer nahezu kollektiven deutschen Schuld“ und verweist darauf, daß „selbst auf dem Höhepunkt von Hitlers Popularität... rund die Hälfte aller Deutschen... die rassistische Gewalt der Nazis“ ablehnten, „obwohl sie deren Entwicklung nicht aufhalten konnte“ (S. 11). Trotz dieser Unterschiede unterstützt Weiss aber die These „von der herausragenden Bedeutung des Antisemitismus in Deutschland“ und meint, daß „die meisten Historiker die einzigartige und schreckliche Macht des Antisemitismus in der modernen deutschen Geschichte stark unterschätzt haben“. Kurzum, Weiss will die Frage nach den Ursachen des Holocaust mit dem Verweis auf die jahrhundertelange Verankerung des Antisemitismus in der politischen Kultur des deutschsprachigen Raums erklären und nimmt von daher die „Wirkung des christlichen Antijudaismus und des weltlichen Rassismus des Blutes vor und nach 1914“ (S. 12) ins Blickfeld.

Diesem Ansatz entsprechend geht der Autor in seiner Darstellung historisch weit zurück und beginnt mit der christlich motivierten Judenfeindschaft im Mittelalter, dem Gottesmörder- und Parasiten-Paradigma. Dem folgen Ausführungen zum Antisemitismus in der Reformation und bei Luther, dem Weiss eine besonders bedeutsame Wirkung bei der Verankerung des Judenhasses zuschreibt. Nach einem historischen Sprung behandelt der Autor die Einstellung der religionskritischen Aufklärung zu den Juden sowie deren Befreiung in Frankreich. Dem folgen Kapitel zu den An-

fängen des Nationalismus in Deutschland, dem Antisemitismus in der Bismarck-Ära, der Judenfeindschaft als Massenphänomen, dem Antisemitismus der Akademiker, Eliten und Intellektuellen im Wilhelminismus sowie den Gegnern der Judenfeindschaft. Anschließend stellt Weiss kurz die Situation in Österreich bezogen auf den katholischen Antisemitismus in der Habsburger Monarchie und die Rassenkonflikte im Vielvölkerreich dar, um dann über Hitlers Leben in Österreich den thematischen Bogen wieder zurück nach Deutschland zu schlagen. Weiss beschäftigt sich mit dem Aufkommen des Antisemitismus während des Ersten Weltkriegs und der antisemitischen Welle nach dem Krieg sowie der Judenfeindschaft im kulturellen Bereich während der Weimarer Republik. Die anschließenden Kapitel haben dann nur noch den Nationalsozialismus zum Thema. Zunächst schildert der Autor den Aufbau der NSDAP, fragt nach der Bedeutung des Antisemitismus für die Wähler der Partei, beschreibt Hitlers Verhältnis zu den politischen Eliten und seinen Weg an die Macht. Die letzten Kapitel beschreiben den Weg zum Rassenimperium, die Ideologie des Todes, die Komplizenschaft bei der Massenvernichtung der Juden, das Wissen, die öffentliche Meinung darüber und den Widerstand dagegen sowie den juristischen und politischen Umgang mit den Tätern nach 1945.

Die sich durch die gesamte Darstellung hindurchziehende zentrale These von Weiss besteht darin, daß für den Holocaust nicht mehr so sehr die autoritätshörige Unterwürfigkeit oder blinde Mordlust, sondern die Macht des historischen Antisemitismus unter den Deutschen entscheidend war. „Juden wurden in vielen Ländern mit Haß verfolgt und wegen ihrer Religion und ihrer angeblich angeborenen rassistischen Wesenszüge zu Ketzern und Schmarotzern gestempelt. Doch nur in Deutschland wurden diese rassistischen Stereotypen in eine tödliche, vom Volk getragene Ideologie verwandelt, die im Schrecken der Vernichtungslager endete. Um diese überaus wichtige und schwierige historische Frage zu verstehen, müssen die Eigenarten der deutschen und österreichischen Geschichte erforscht werden, denn hier liegt die Erklärung dafür, warum der Antisemitismus unter Millionen Deutschen eine solche große Wirkung entfalten konnte, und

weshalb schon lange vor dem Auftreten der Nationalsozialisten die historische Grundlage für ihren Erfolg geschaffen wurde“ (S. 7). für Weiss ist es der einzigartige Verlauf der modernen deutschen Geschichte, der letztendlich die Antisemiten an die Macht brachte und ihnen die Möglichkeit zur Vernichtung eröffnete.

Von seinem Ansatz und seiner These her erklärt sich, warum Weiss eine Art Geschichtsbuch vorgelegt hat, und er sich auch ausführlich mit Themen beschäftigt, welche unmittelbar kaum etwas mit dem Antisemitismus zu tun haben. Ihm geht es denn auch immer wieder um die Benennung und auch die Bedeutung und Wirkung jener Kräfte, die für und gegen den Antisemitismus eintraten. Dabei stellt der Autor ab und an allerdings etwas oberflächlich konservative und nationalistische sowie liberale und linke Strömungen gegenüber. Im Unterschied zu Goldhagen beschäftigte sich Weiss am Rande aber auch immer wieder mit jenen, die dem politischen Antisemitismus Widerstand entgegen setzten und hebt deren gegenüber der Judenfeindschaft immunisierend wirkende intellektuelle und politische Bindungen hervor. Aber auch in einer anderen Hinsicht weist seine Darstellung über die bisherigen Veröffentlichungen zum Thema hinaus, und zwar wenn Weiss zutreffend hervorhebt, daß Antisemitismus nicht nur die Sache der von Krisenprozessen betroffenen Mittelschichten, sondern auch der gebildeten und mächtigen Oberschichten war.

So bemerkt er denn auch: „Die entscheidende

Besonderheit der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland lag in seiner außerordentlichen historischen Wirkung auf die herrschenden Eliten und in ihrer Bereitschaft, den Antisemitismus gegen eine Bedrohung ihrer Interessen und gegen das seit Napoleon durch die Modernisierung entstehende neue Wertesystem zu instrumentalisieren“ (S. 514). Bei der Betonung der deutschen Besonderheiten nimmt Weiss allerdings ähnlich wie Goldhagen keine vergleichenden Betrachtungen vor, ein Kapitel zur Judenemanzipation in Frankreich und zwei Kapitel zur Situation in Österreich genügen hier sicherlich nicht. Verstörend wirkt darüber hinaus, daß der Autor mit einem für ein solches Thema doch relativ geringen Literaturmenge auskommt. Und schließlich diskutiert er im einzelnen auch nicht den Anteil der antisemitischen Ideologie am konkreten Zustandkommen des Holocaust. Trotz dieser kritischen Anmerkungen verdient Weiss' Studie als informatives und umfassendes Werk zum Thema Interesse und zwar sowohl als Einführung in die Thematik als auch vor dem Hintergrund bestimmter, noch näher zu untersuchender Thesen, wie etwa der, wonach der Antisemitismus die zentrale Integrationsideologie für die Wähler der NSDAP war.

Armin Pfahl-Traugher

John Weiss, Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich. Aus dem amerikanischen von Helmut Dierlamm und Norbert Juraschitz, Hamburg 1997 (Hoffmann und Campe), 544 S., 58 DM

Kameraden erstochen

Berlin. Wegen zweifachen Totschlags ist der 34jährige Neonazi Lutz Schillock, Ex-Kader der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und der „Wiking-Jugend“ (WJ), vom Berliner Landgericht zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Er wurde für schuldig befunden, in der Nacht zum 17. April d. J. gemeinsam mit seinem 27jährigen Gesinnungskamerad Detlef Nolde (geb. Cholewa), Anführer der Berliner Kameradschaft Treptow, zuvor Kader der FAP und der „Nationalen“ bei den

Abgeordnetenwahlen in Berlin 1995, nach einem Streit zwei Neonazis, Chris Danneil und Olaf Schmidtke von der Kameradschaft Wittenberg (früher: Kameradschaft Elbe-Ost) erstochen zu haben. Nolde, der die Opfer mit Reizgas außer Gefecht gesetzt hatte, erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung und Beteiligung an einer Schlägerei eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren.

Die tödliche Auseinandersetzung zwischen den Neonazis ereignete sich auf dem Rückweg von der Verlobungsfeier von Mike Penkert (Kameradschaft Beusselkiez). Die Verteidiger wollen nun in Revision gehen.

A.M.

Tagebuch

Berlin - Die 1992 gegründete „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), von der bisher 26 Ausgaben erschienen sind, will ab sofort expandieren. Geplant ist die Herausgabe eines wöchentlichen Presseudienstes „BBZ-Aktuell“, der auch eine Rubrik „Blick nach Links“ beinhalten soll. BBZ-Meldungen sind seit neuestem im Thule-Netz/Nordland-Netz sowie seit November auch über das „Nationale Infotelefon Preußen“ abrufbar. Nach Eigenangaben bemüht sich die BBZ-Redaktion im Bereich des Offenen Kanals (Bürgerfunk Berlin) um Sendezeiten für Nachrichtensendungen. Unter dem Titel „Thule-TV“ möchten die Neonazis im Fernsehen eine Art Presseschau senden, in der Beiträge aus verschiedenen Zeitungen zu bestimmten tagespolitischen Themen unkommentiert vorgestellt werden sollen.

Berlin - Das Dark-Wave-Szeneblatt „Europakreuz“ (Berlin), das laut Thule-Netz „eindeutig rechts“ steht, arbeitet nach Eigenangaben an eine Serie „zur politischen Verfolgung nationalistischer Aktivisten im heutigen Europa“. Gesucht werden Kameraden, die Texte des Blattes in die Sprachen Englisch, Spanisch, Italienisch und Kroatisch übersetzen können. Veröffentlicht wurden in „Europakreuz“ bisher u.a. Beiträge über „Das Ende der TOTENKOPF-Division“, „Freiwillige in der Waffen-SS“, Interviews mit „Death in June“ und Frank Rennicke, ein Gespräch mit einem Ustaschaveteranen. In Planung ist ein Beitrag über SS-Brigadeführer Karl Maria Wilgut (alias K.M. Weisthor), bis 1938 Leiter des Amtes für Vor- und Frühgeschichte im persönlichen Stab Heinrich Himmlers.

Bonn - In der Bundeswehr sind in diesem Jahr bereits 160 „besondere Vorkommnisse“ mit rechtsextremistischem Hintergrund gemeldet worden. Diese Zahl nannte die Wehrbeauftragte des Bundestags, Claire Marienfeld, in einem Zeitungsinterview. Das Verteidigungsministerium hatte vor kurzem noch von 126 rechtsextremen Vorfällen für dieses Jahr gesprochen.

Dresden - In der neuesten Ausgabe des neuheidnischen Blättchens „Zeitenwende“ (Dresden) philosophiert der österreichische Chemotechniker Karlheinz Baumgartl über die Macht der „römisch-katholischen Kirche“. Diese sei die Wurzel allen Übels, da sie das Geld- und Bankwesen sowie das Bodenrecht geprägt habe. Dem stellt er das „alte

Germanien“ gegenüber, wo nach seiner Auffassung paradiesische Zustände geherrscht haben. Der Neuheide Baumgartl engagiert sich seit Jahren im rechtsextremen Lager in der Bundesrepublik. So referierte er bei den „Hetendorfer Tagungswochen“, beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund“, beim Wintersonnwendfest der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Verbände Europas“ (ANSE), und orakelt in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) über „die Bedeutung der frühgeschichtlichen Himmelskunde“. Zu lesen sind seine Ausführungen auch in der Neonazi-Schrift „Der Scheinwerfer“.

Dresden - Die Bundesgeschäftsstelle der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) ist nach Dresden umgezogen. Als Kontakt dient eine Postfachadresse. Im internen Führungs- u. Strategiepapier der JN „Der Aktivist“, das nur an ausgewählte JN-Kader ausgehändigt wird, findet sich ein Grundsatzartikel mit dem Titel „Der Kampf wird härter“. Darin heißt es u.a.: „Wenn wir (...) unser Volk retten wollen, so müssen wir (...) den Kampf bedingungslos aufnehmen, und zwar auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen.“ Hierzu sind, so „Der Aktivist“, u. a. folgende Punkte unumgänglich: „Kauft grundsätzlich nicht bei Ausländern und internationalen >Fast-Food-Ketten!< Nehmt den Eindringlingen damit die wirtschaftliche Grundlage!“, „Tretet Schützenvereinen bei, besucht Kampfsportschulen“, Nutzt die Möglichkeit, die Euch die Bundeswehr bietet! Laßt Euch zu qualifizierten Führungskräften ausbilden und lernt soldatische Führung!“, „Bedenkt, daß das Christentum für unsere Vorstellung vom Deutschtum etwas Fremdes und eine Bedrohung darstellt.“ Im Verhaltenskodex zum Schluß heißt es: „Wir müssen den Unterschied deutlich machen zwischen aufrechten, national denkenden Idealisten und besoffenen Krawallmachern...“.

Hamburg - Im gesegneten Alter von 103 Jahren (geb. am 30. Mai 1894) ist der Alt- und Neonazi Carlus Baagoe (Hamburg) verstorben. Baagoe, einst Kopf eines „Weltbundes gegen die Geschichtsverfälschung“, war Kompagnon des SS-Recken Thies Christophersen und des Neonazi-Medienshowstars Michael Kühnen, die schon vor ihm nach Wallhalla abgetreten sind. Hervorgetan hat sich der Antisemit Baagoe u.a. als Autor des Buches „Wir Paranoiden marschieren über Leichen. Völkermord im Namen des Herrn (Jahwe) - die Bibel als Holocaust - Vorbild der Menschheit?“ Den Tod von Baagoe vermeldete die Neonazi-Schrift „Denk mit!“

Hannover/Nürnberg - Der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), die seit Jahren dahindümpelnde Studentenorganisation der NPD (Sitz: Nürnberg), wurde mit einer neuen Führungsspitze reaktiviert. Zum neuen Vorsitzenden wählte die 27. ordentliche Bundesversammlung in Hannover Andreas von Webenau, regelmäßiger Autor der „Deutschen Stimme“, der Martin Laus aus Wuppertal ablöste. Der 29jährige Laus wurde 1989 zum Vize und 1991 erstmals zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender NHB-Bundesvorsitzender wurde Christoph Dietermann und Schatzmeister Andreas Weber, Wuppertal. Weber fungiert auch im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ seit 1996 als Schatzmeister. Um den NHB mit neuem Leben zu füllen „werden noch Mitstreiter gesucht, die das Gymnasium bzw. eine Fachoberschule besuchen oder bereits ein Studium aufgenommen haben“, so die aktuelle Ausgabe der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“.-

Koblenz - Der Verlag Siegfried Bublies (Koblenz), der u. a. 1995 die Erinnerungen des letzten Reichsjugendführers der „Hitler-Jugend“ Artur Axmann verlegte, baut nach Angaben von Mitarbeiter Uwe Meenen (einst Bundesvorsitzender der „Jungen Republikaner“ und Vorstandssprecher der Gruppe „Sache des Volkes“) für die Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ einen Buch- und Medienvertrieb unter der Bezeichnung „Das Ostpreußenblatt - Ostdeutscher Nachrichtendienst“ auf. „Das Ostpreußenblatt“ dient der „Landsmannschaft Ostpreußen“ seit 1950 als Organ, das Blatt erscheint wöchentlich mit einer Auflage von ca. 40.000 Exemplaren in „34 Ländern der Erde“.

Köln/Berlin - Nach Erkenntnissen des Bundesamts für Verfassungsschutz wurden 45 Prozent der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in diesem Jahr in den neuen Bundesländern begangen, obwohl dort nur 17 Prozent der Bevölkerung leben. Wie der Präsident des Kölner Amts, Peter Frisch, in einem Interview mit dem Tagesspiegel (1. Dezember) ausführte, ist die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten 1997 um acht bis zehn Prozent angestiegen. In den westlichen Bundesländern sei hauptsächlich im Westen eine deutliche Zunahme bei den rechtsextremen Parteien „Republikaner“ und NPD festzustellen, nicht jedoch bei der DVU, so Frisch.

Köln - In der Neonazi-Szene kursiert bundesweit ein Flugblatt mit dem Aufruf „Finanziere nicht deine Feinde“. Scharf angegriffen wird die Kölner

Firma „Rock-O-Rama“ von Herbert Egoldt, einem der größten Produzenten von Skin-Musik, und der „MZ & Rock Nord“-Komplex um Manfred Rouhs und Thorsten Lemmer. Ihnen wird Geschäftemacherei vorgeworfen. Die Betroffenen wehren sich in Erklärungen, die auch im Thule-Netz veröffentlicht sind, dagegen. Lemmer & Co. schreiben, daß sie den „selbsternannten >Skinheadpolizisten<“ um den „Hamburger Sturm“ und „United Skin“ die rote Karte zeigen werden: „Euer Neid auf das geschaffene professionelle Fundament ist grenzenlos“. Egoldt hält sich zugute, daß er bei „allen staatlichen Aktionen“ der „Hauptbetroffene“ sei. Den Flugblattmachern unterstellt er, daß diese „mit Streuung von Lügen und Gerüchten der Konkurrenz“ schaden wollen, „um selbst einen größeren Umsatz zu bekommen.“

Leipzig - Zum jüngsten Mitgliederzuwachs der seit 1964 bestehenden NPD, die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ reklamierte im November 1.305 Neumitglieder für das laufende Jahr, trug offensichtlich insbesondere der Landesverband Sachsen bei. Im vergangenen Sommer titelte die „Deutsche Stimme“ bereits vom „Aufbruch in Sachsen“. Dort gehört inzwischen über 800 Personen der NPD an, darunter viele junge Menschen. Im Vorjahr waren lediglich 300 Mitglieder der sächsischen NPD zu verzeichnen; der Tiefstand zuvor lag bei gerade mal 100 Personen, während es 1991 noch 300 Parteimitglieder waren. Die NPD verfügt mittlerweile im Freistaat über 17 aktive Kreisverbände, in denen sich auch Skinheads und ehemalige Angehörige verbotener Organisationen engagieren. Die sächsische NPD ist mit dem aktuellen Mitgliederstand von 800 sowohl stärker als die DVU als auch die „Republikaner“. Am 20. Dezember soll im sächsischen Roda eine Wintersonnwendfeier der „Jungen Nationaldemokraten“ mit anschließendem Liederabend stattfinden. Im Frühjahr 1999 will die NPD bei den Kommunalwahlen einen Achtungserfolg erzielen, um dann im darauffolgenden Herbst in den Landtag zu ziehen. Die Oberbürgermeister-Kandidatur des geschäftigen, vorbestraften NPD-Führers Günter Deckert (57) in Leipzig im kommenden Frühjahr gerät da eher zur Nebensache.

Lingen (Nds.) - Rund 50 Neonazis führten unlängst eine Anti-Antifa-Demo in Lingen/Emsland durch und brüllten dabei Parolen wie „Antifaschisten - Kommunisten - Terroristen“ oder „Politversager ins Arbeitslager“. Aufgerufen hatte Jens Hessler, „einer der führenden Vertreter rechtsextremistischer Skinhead-Musik in Deutschland“ (Bundes-

verfassungsschutzbericht 1996). Hessler wird im Thule-Netz bescheinigt, daß er „nicht zu denjenigen“ gehöre, „die sich durch die harte Arbeit unserer Künstler eine goldene Nase verdienen möchten“. Kundgebungsredner war Meinhard Elbing, Ex-Kader der militanten „Nationalistischen Front“, der sich bei der Neonazi-Demo am 1. März d. J. in München als eifriger Anti-Antifa-Photograph betätigte.

Mainz - In der aktuellen Ausgabe der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) finden sich bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr (vgl.BNR 12/97) die Liste der säumigen HNG-Beitragszahler. Unter den 55 „Kameraden“, die ihren Obolus nicht entrichtet hatten, sind der einstige Gründer der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ Manfred Huck, wie im Sommer der „Anti-Antifa“-Aktivist Sascha Genaro Chaves-Ramos und bereits zum dritten Mal Oliver Werner vom „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten“ aufgeführt. „Wer unsere Vereinszeitung bezieht und bewußt keinen Mitgliedsbeitrag mehr zahlt, der versündigt sich an der Pflicht zur Kameradschaft und darf bewußt den Titel ‘unkameradschaftlich’ umhängen!!!“ Wie wenig die braune Szene ihren eigenen Ansprüchen genügt, zeigt die Tatsache, daß von den knapp 400 Mitgliedern ungefähr jeder Siebte seinen Mitgliedsbeitrag an die 1979 gegründete Knasthilfeorganisation nicht bezahlt. Außerdem ist nach dem Ableben von Andree Zimmermann (24) die Stelle des Schriftleiters vakant.

Verstärkt verfolgt die HNG ihre Anstrengungen in Sachen „Anti-Antifa“. So werden beispielsweise eine Geschichtswissenschaftlerin der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel oder mehrere Angehörige der bundesdeutschen Justiz erwähnt.

Adresse:

Oranienburg - Als Vorstufe zur Gründung eines eigenständigen Landesverbandes wurde im brandenburgischen Oranienburg der NPD-Bezirksverband Brandenburg aus der Taufe gehoben. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Thilo Kabus gewählt. Stellvertreter wurde Mike Hampel. Gleichzeitig wählten die Mitglieder die Landesliste der NPD für die Bundestagswahl. Spitzenkandidat wurde Jörg Hähnel aus Frankfurt/Oder. Die NPD in Brandenburg erfährt derzeit nach Eigenangaben einen erheblichen Mitgliederzuwachs. So wurde jüngst ein NPD-Kreisverband Spreewald ins Leben gerufen. Mit Neugründungen in Eisenhüttenstadt und im Kreis Oberhavel wird in Kürze gerechnet. In spätestens einem Jahr soll daraus ein eigenständiger Landesverband Brandenburg entstehen.

Starnberg/Bonn - „Aus einzelnen Beiträgen“ der Publikationen des „Friedenskomitees 2000“, „Frieden 2000“ und Pressespiegel „Innerer Frieden“, des Alfred Mechttersheimer „ergeben sich ansatzweise tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“ - so die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS (Drs.13/8772). Die Bundesregierung erklärte ebenso, daß die von Mechttersheimer angeführte „Deutschland-Bewegung“ von „einigen rechtsextremistischen Gruppen positiv eingeschätzt wird“. Des weiteren bestehen nach Einschätzung der Bundesregierung im Rahmen der „Deutschland-Bewegung“ auch „Kontakte zu verschiedenen - teils kleineren - rechtsextremistischen Gruppierungen und deren Funktionären, darunter die Partei >Die Republikaner<“ des Rolf Schlierer.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten